

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 50

Erstausgabe Sonntag  
Zeitungpreis vierteljährlich 1.50 Mk. Nur Postbestellung  
Zustellung bei allen Postanstalten

Berlin, den 11. Dezember 1927

Verlag: Buchbinder-Zeitung, Berlin 4, 2. Neue Markt-12  
Vertrieb: Berlin 4, 2. Neue Markt-12  
Anzeigen werden nicht zurückgenommen

43. Jahrgang

## Die Stunde vor dem Sturm!

Das seit langem zwischen den zuständigen Gewerkschaften und der westdeutschen Schwerindustrie bestehende äußerst gespannte Verhältnis hat sich über Nacht zu einem **Kampfstadium** entwickelt. Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat am 3. Dezember an den Reichsarbeitsminister und die zuständigen Regierungsstellen eine Mitteilung gelangen lassen, nach der sie am 1. Januar 1928 ihre Betriebe stilllegt. Begründet wird dieser Schritt damit, daß die Forderungen der Gewerkschaften nicht durchführbar und eine gütliche Regelung nicht möglich sei. „Dieser Entschluß ist ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den wir im vollen Bewußtsein der großen auf uns ruhenden Verantwortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeitskampf mit seinen schweren Schädigungen für Staat und Wirtschaft zu vermeiden.“ So heißt es scheinheilig in dem Schreiben an den Reichsarbeitsminister. Damit tritt der Kampf in der Schwerindustrie in ein entscheidendes Stadium.

Es dreht sich in diesem Kampfe um die **Regelung der Arbeitszeit** in den Hüttenwerken und um den dadurch notwendigen **Lohnausgleich**. Außerdem haben die Gewerkschaften, um die eingetretene Teuerung auszugleichen, eine **allgemeine Erhöhung der Löhne** gefordert. Die Hüttenarbeiter zählen zu den schlechtest-bezahlten Arbeitergruppen und ihre Arbeitszeit gehört mit zu den längsten in Deutschland. Im Jahre 1918 hatten auch die Arbeiter in der Hüttenindustrie den Achtstundentag erhalten. Als der Ruhrkampf zu Ende war und die Inflation die Arbeiterschaft zum Weißbluten gebracht hatte, waren die Schwerindustriellen schnell bereit, diese für sie günstige Lage zu einem **Schlage** gegen die Gewerkschaften auszunutzen. Die Betriebe wurden nur für diejenigen Arbeiter wieder geöffnet, die sich unterchriftlich zu einer Arbeitszeit, wie vor dem Kriege üblich, verpflichteten. Die ausgehungerten und ausgemergelten Arbeitermassen, die zum allergrößten Teil vor dem Kriege eine **gewerkschaftliche Disziplin** nicht gewöhnt waren, wurden damit gezwungen, wieder in zweigeteilter Schicht zu arbeiten.

Durch ange strengte Tätigkeit gelang es, diese übermenschlich lange Arbeitszeit etwas zu verkürzen. An der Zwölfstundenschicht wurde jedoch festgehalten, wenn sich auch die Unternehmer bereit erklärten, Ablöschungsmannschaften für die Pausen zu stellen. Im Verlaufe der Zeit gelang es, für die Hochofenarbeiter die dreigeteilte Schicht durchzuführen.

Auf Grund eines Gutachtens des Reichswirtschaftsrates erfolgte dann

im Juli d. J. eine nach § 7 Absatz 1 der Arbeitszeitverordnung vom Reichsarbeitsminister erlassene **Zusatzverordnung**, die die Arbeitszeit der Schwerarbeiter in den Hüttenbetrieben auf acht Stunden täglich festsetzte. Diese Verordnung sah in den durchgehenden Betrieben die dreigeteilte Schicht vor, sie soll ab 1. Januar 1928 in Kraft treten. Die Unternehmer wurden verpflichtet, die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten bis zu diesem Zeitpunkt zu treffen.

Nunmehr setzte der Kampf der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Das Reichsarbeitsministerium wurde mit Eingaben, Denkschriften und einseitigen Unterlagen bestürmt. Es wurde verlangt, die Verwirklichung der Verordnung hinauszuschleppen bis zu einem Zeitpunkt, in dem ihre Durchführung möglich und tragbar sei. Vor allem wehrt man sich gegen den entsprechenden Lohnausgleich. Ferner ist man nicht im geringsten zu einer weiteren Erhöhung der Löhne bereit.

So kam es zur Zuspitzung der Lage. Bedeutend vor allen Dingen ist der Weg, den die Unternehmer der Schwerindustrie eingeschlagen haben. Wenn ein Konflikt in irgendeinem Gewerbe ausbricht, dann ist der gewöhnliche Gang der Dinge der, daß ein Schlichtungsverfahren eingeleitet wird, wenn eine Einigung nicht erzielt werden kann. Die Schwerindustriellen aber wollten kein **Schlichtungsverfahren**. Deshalb haben sie die Stilllegung der Betriebe beantragt. Der Kampf der Unternehmer soll also keine Aussperrung der Arbeiter, sondern nur eine Stilllegung der Betriebe sein, was im Grunde natürlich das gleiche ist, nur wird das Kampffeld wesentlich verschoben, indem man den Sinn und den Gang des Schlichtungsverfahrens illusorisch macht. Dieser Weg selbst ist nicht neu. In mehr oder weniger offener Form ist er schon in fast allen Industrien für einzelne Betriebe versucht worden. Auch in unserem Berufe haben wir mehrere Beispiele dafür.

Dieser Kampf war schon seit langem vorauszusehen, er ist von den Unternehmern durch die Bildung der sogenannten **Gefahrengemeinschaften** vorbereitet worden. Bekanntlich wurden die Unternehmer, die in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Austauschstelle Düsseldorf, zusammengeschlossen sind, verpflichtet, pro Kopf und Monat der beschäftigten Arbeiter einen Sonderbeitrag von fünf Mark in einen Kampffonds zu zahlen. In der Austauschstelle Düsseldorf, die mit der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Rostock und Leitung durch Personalunion verbunden ist, werden rund eine Million Arbeiter

beschäftigt. Mit diesen organisatorischen und finanziellen Vorbereitungen im Rücken wird nunmehr der Kampf eingeleitet.

Diese Vorbereitungen sind ein Musterbeispiel dafür, wie **Gruppen- und Massenkämpfe** wahrscheinlich in Zukunft geführt werden. Die Schwerindustriellen besitzen im wirtschaftlichen und politischen Leben eine ungeheure Macht. Die Ruhrentschädigung von siebenhundert Millionen Mark ist dafür das beste Beispiel. Als die geborenen Scharfmacher haben sie seit je Art und Gang der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit mehr oder weniger bestimmt. Damit wird der Kampf in der rheinisch-westfälischen Großindustrie eine Angelegenheit, die die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands berührt.

## Wirtschaft und Sozialpolitik im Reichstag.

Im Reichstag gab es kürzlich wieder einige große Tage. Sozialpolitik und Wirtschaft standen im Mittelpunkt der Erörterungen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Interpellation eingebracht, die die Regierung veranlassen sollte, über verschiedene Dinge Auskunft zu geben. Die Begründung der Interpellation gab der Führer des A. L. Bundes, Genosse Aufhäuser, der in seiner Rede in wirkungsvoller Weise mit der Wirtschaftspolitik der Regierung abrechnete. Anknüpfend an das Schreiben des Reparationsagenten beschäftigte er sich mit den Lohnfragen, wobei er die Warenpreise als im wesentlichen übersteigert bezeichnete. In der Zeit, in der die Weltmarktpreise sanken, ist in Deutschland der **Großhandelsindex** um 10 v. H. gestiegen. **Notwendig** ist eine Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise. In diesem Zusammenhang kam der sozialdemokratische Redner auf die Kriegsstaffe der Unternehmer zu sprechen und beleuchtete an Hand dessen den sozialpolitisch rückständigen Kurs, der zurzeit erkenntlich ist.

Die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius brachte das Eingeständnis, daß **Wirtschaft und Sozialpolitik** keine Gegensätze sind, sondern daß sie sich gegenseitig bedingen und durchdringen. Ferner bezeichnete er die Meinung als falsch, daß die Passivität der Handelsbilanz für die Wirtschaft gefährlich ist. Die Passivität der Handelsbilanz ist nur ein Symptom, die bewegende Kraft ist der Kapitalstrom, dessen notwendige Folge der Import ist. Und in diesem Zusammenhange kam Dr. Curtius auf Dr. Schacht zu sprechen. Dabei war bemerkenswert, daß der Minister die Kommunen gegen die Angriffe Schachts in Schutz nahm. Man hörte weiter von den Bemühungen der Regierung in der Richtung, für

die Kommunen in Zukunft Sammelanleihen auszugeben. Es ist immerhin eine Ohrfeige für den Reichsbankpräsidenten, daß selbst ein Minister der Volkspartei Anleihen zur Errichtung von Stadien, Schwimmhallen und ähnlichen Anlagen zur Erhaltung der Volksgesundheit nicht als Luxusausgaben ansieht. Sehr gespannt dürfte man sein, was der Wirtschaftsminister über die Entwicklung des Preisniveaus zu sagen hatte. Nach seinen Ausführungen sieht die Regierung die Uebersteigerung des Preisniveaus nicht als gegeben an. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten vom Oktober 1926 von 142,2 auf 150,2 im Oktober 1927 ergebe eine Erhöhung um acht Punkte oder 5,6 Proz. Demgegenüber ergebe eine Zahlenübersicht hinsichtlich der Löhne, daß diese um acht Prozent bei den gelernten und um 10 Proz. bei den ungelerten Arbeitern im gleichen Zeitraum gestiegen seien. Daß dieser Vergleich zwischen den Reallohnen und der Entwicklung der Preise nicht richtig ist, wird wohl auch Herr Dr. Curtius eingesehen haben, als er dieser Berechnung hinzufügte: „Ich weiß wohl, daß der statistische Normalmensch eine Abstraktion ist, und ich weiß auch, welches Elend in weiten Kreisen herrscht, wie drückend das Existenzminimum ist.“ Trotz dieses Eingeständnisses fuhr Herr Dr. Curtius fort: „Wir haben also keinen Grund zu einer Teuerungssynthese, und die Regierung sieht keine Notwendigkeit, vom Reichstag gesetzliche Vollmacht zu erbitten, um unmittelbar auf die Preise einzuwirken.“

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verteidigte seine Lohnpolitik. Er glaubte ebenfalls feststellen zu dürfen, daß die Löhne stärker gestiegen seien als die Preise. Ueber die in der Interpellation berührte Frage über den Kampffonds der Schwerindustrie erklärte Dr. Brauns: Kämpfe für voll. Arbeitskämpfe zu betreiben ist ein Recht, das als solches ebensowenig bestritten werden kann, wie der Arbeitskampf selber. Hierbei vergißt der Reichsarbeitsminister, daß es doch ein wesentlicher Unterschied ist, wenn eine im Besitze ungeheurer Kapitalien befindliche Industrie zu solchen Mitteln greift, oder die Arbeiterschaft, die nichts besitzt als eine lärglich entlohnte Arbeitskraft. Solche Unterschiede hätte auch Dr. Brauns beachten müssen. Daß er dies nicht tat, beweist seine Einseitigkeit.

Zum Schluß der Debatte rollte Genosse Hilferding die erörterten Probleme noch einmal auf. Er ging mit Dr. Schacht scharf ins Gericht und bezeichnete seine Redetätigkeit als gefährlich für die deutsche Wirtschaft. Sehr interessant war eine Gegenüberstellung der Budgets der Städte New York und Berlin. New York habe ein Budget von über zwei Milliarden Mark, 30 Proz. der Ausgaben entfallen auf den Schuldendienst. Das Berliner Budget beträgt 980 Millionen Mark und die Aufwendungen für den Zinsendienst betragen nur 40 Millionen Mark. Dies beweist, wie günstig die deutschen Städte arbeiten. Es waren schallende Ohrfeigen, die Hilferding dem Reichsbankpräsidenten verfehle.

Ueberblickt man das Ergebnis der Reichstagsdebatte, dann muß man sagen, daß dabei wenig herausgekommen ist. Die Aussprache über Dr. Schacht war eine Notwendigkeit. Die Regierung konnte sich zu einer Zusage, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik zu ändern, nicht entschließen. Die Arbeiterklasse ist auf ihre Selbsthilfe angewiesen. Es ist von einer Regierung keine Förderung der sozialen Wirtschaftspolitik im Sinne der breiten Massen zu verlangen, die unter starker Mitwirkung der Großindustrie zustande gekommen ist. Hoffen wir, daß die Neuwahlen hier Wandel schaffen. X.

## Sparen oder verbrauchen?

Aus unserem Mitgliederkreise erhalten wir die nachstehende Abhandlung, die einer vielgelesenen illustrierten Zeitschrift entnommen ist, mit dem Erudum um Wiedergabe in unserer „Buchbinder-Zeitung“, da sie das oben bezeichnete Thema in durchaus zutreffender Weise behandelt. Wir kommen diesem Erudum hiermit nach:

Bei uns in Deutschland wissen wir zurzeit nicht recht, ob es uns endlich etwas besser geht oder noch immer ganz schlecht. Die Konjunktur hat sich unverkennbar gebessert. Zwar haben von unseren Industrie- und Bergbauunternehmungen mehr als ein Drittel noch immer kein Reinertragnis abgeworfen, aber bei den Handels- und Verkehrsgesellschaften ist das Bild schon viel freundlicher geworden, und die Durchschnittsdividende sämtlicher an der Berliner Börse notierten Aktiengesellschaften beläuft sich schon wieder auf nahe an 7 Proz. — Die deutsche Wirtschaft wirft also, nach den Jahren der Kriegs- und Inflationsdürre, wieder eine Rente ab.

Aber viele Wirtschaftler wollen diese Konjunktur höchstens als „Scheinkonjunktur“ gelten lassen. Denn die deutsche Wirtschaft hat ihren Produktionsapparat nur dadurch modernisieren oder rationalisieren, also rentabel machen können, daß sie fremdes, ausländisches, geliehenes Geld hineinsteckte, daß sie sich also zu hohen Zinsen hoch verschuldete. Zwischen den Wirtschaftlern tobt zurzeit noch der Streit, ob diese Verschuldung, weil es sich meist um sehr kurzfristige Darlehen des Auslandes handelt, schon lebensgefährlich sei, oder ob die „Pumpwirtschaft“ ruhig noch eine Weile nützlich fortgesetzt werden könne, weil die heutige Verschuldung der deutschen Wirtschaft noch immer nicht die Hälfte ihrer Vorkriegsverschuldung erreicht habe. Darüber sind sich, wie gesagt, die Wirtschaftler noch lange nicht einig, und selbst zwischen der Reichsregierung auf der einen Seite und dem Reichsbankpräsidenten Schacht auf der anderen ist dieser Streit (der ja auch zu unserer Dawes-Schuldverpflichtung und deren angestrebter Revision in Beziehung steht) noch nicht klar ausgefochten. Nur über eines sind sich die Wirtschaftler, auf welchem Standpunkt sie sonst auch stehen, alle einig: daß unsere Wirtschaft zur Schuldzahlung durch Export erst dann genügend gekräftigt werden könne, wenn ihr Binnenmarkt gekräftigt wird, d. h. wenn ihr Absatz in Deutschland selbst vermehrt, wenn der deutsche Konsum vergrößert wird.

Gerade das haben wir nämlich aus den Erfahrungen Amerikas gelernt. Amerika hatte unmittelbar nach dem Kriege, im Jahre 1920, aus ungekehrter Ursache (nicht aus Kapitalarmut, sondern aus Goldüberfluß, aus Geldentwertung) eine ganz ähnliche Wirtschaftskrise zu bestehen. Während des Krieges hatten die riesig vergrößerten und vermehrten amerikanischen Fabriken für ganz Europa gearbeitet. Aber nach dem Kriege brauchte Europa keine Kriegslieferungen mehr, und Friedenslieferungen konnte es in seiner Verarmung nicht mehr bezahlen, ging außerdem daran, seine eigene Wirtschaft mit den eigenen demobilisierten Soldaten wieder in Betrieb zu setzen. An wen sollte Amerika nun verkaufen, da Export für die nächste Zeit beinahe unmöglich war? Es blieb ihm nur (von Asien und Südamerika abgesehen) die Arbeit für die eigene Bevölkerung, für den inländischen Konsum. Aber auch der war sehr zurückgegangen, denn der Dollar, obwohl er noch immer 100 Goldcents galt, kaufte nur für 55 Cents im Vergleich mit der Vorkriegszeit.

Die Amerikaner verhielten sich in dieser Krise aber gerade umgekehrt wie die Europäer. In

Europa sagte man: Die Bevölkerung ist verarmt, also müssen wir die Waren verbilligen; wir können die Ware aber nur verbilligen, indem wir die Löhne herabsetzen. Das führte nicht zum Ziel. Denn weil das Einkommen der breitesten Bevölkerungsschicht, der Arbeiter und Angestellten, der Teuerung nicht angepaßt wurde, hatte diese breitetste Bevölkerungsschicht keine Kaufkraft, sie konnte den großen Fabriken usw. nur die allernotwendigsten Artikel abnehmen, und wenn eine große Fabrik weniger Stücke herstellt, als ihr technischer Apparat herstellen kann, so werden die einzelnen Stücke teurer. Die Waren wurden also nicht billiger, blieben unerschwinglich, die Fabriken schränkten daher den Betrieb ein, was nur die Zahl der Arbeitslosen vermehrte, deren Unterstützung die Steuerlast der Arbeitenden erhöhte — es war ein Fehlerzirkel ohne Ende.

Die Amerikaner dagegen dachten nicht einen Augenblick daran, die Löhne herabzusetzen oder die Betriebe einzuschränken. Sie bewilligten im Gegenteil jede Lohnforderung, bis die Geldentwertung durch die neue Lohnhöhe mehr als voll ausgeglichen war, und sie erhöhten dadurch die Kaufkraft ihrer Bevölkerung so, daß ihre Fabriken trotz verminderten Exports in vollem Betrieb bleiben konnten. Sie hatten auf diese Weise keine Arbeitslosen, konnten die Steuern allmählich bis auf 4 Proz. des Einkommens abbauen, und der Dollar kaufte heute wieder für mehr als 80 Goldcents. Das ist die Wirkung von einer „Stärkung des Binnenmarktes“.

Aber die Nachahmung dieses Beispiels würde in Deutschland noch nicht mit Sicherheit zu dem gleichen Erfolg führen. Denn zwischen der deutschen und der amerikanischen Bevölkerung gibt es psychologische Unterschiede. Wenn das Einkommen des Deutschen über seine allernotwendigsten Bedürfnisse hinauswächst, so beginnt er sofort — Geld zu sparen. Der Amerikaner dagegen beginnt seine Lebenshaltung zu verbessern. Der „kleine“ Amerikaner spart überhaupt nicht; Worte wie „vom Runde absparen“ oder „sich einen Spargroschen hinlegen“ sind ihm überhaupt unbekannt. Nur wenn er einen gewissen behaglichen Lebensstandard nebst Lebensversicherung erreicht hat, und wenn er dann noch überschüssiges Geld hat — dann „spart“ er auch nicht, sondern er „investiert“, er wird zum kleinen Kapitalisten. Vor dieser Einkommensgrenze ist der Amerikaner nicht nur nicht sparsam, sondern, nach unseren Begriffen, sogar leichtsinnig. Er gibt alles für sich und seine Familie so restlos und so schnell aus, daß man in Amerika „vorsichtshalber“ auch in höheren Berufen nur Wochengehälter, nicht Monatsgehälter zahlt.

Eine amerikanische Arbeiterfamilie kauft sich im Jahr erheblich mehr Kleider, Schuhe, Wäsche als eine deutsche. Denn dem Amerikaner ist das Wort „reparieren“ recht fremd. In Amerika wird so wenig wie möglich repariert. Ein Auto soll billig sein und möglichst zwei Jahre ohne Reparatur halten. Danach gibt man es zurück und kauft gegen Aufzahlung ein neues. Gewisse Dinge kauft man grundsätzlich jedes Jahr neu, ohne Rücksicht, wie gut oder schlecht erhalten sie sind. Die Amerikaner tragen zum Beispiel im

Sommer meist nur Strohhüte. Am 1. Mai kauft man sich einen Strohhut und wirft ihn am 15. September weg, in der stillschweigenden Annahme, daß er durch die Sonne inzwischen unansehnlich geworden ist. (Nach dem 15. September kann man in New York keinen Strohhut tragen, nach dem 15. September sind sie vogelfrei und werden unweigerlich von den Straßensoldaten eingeschlagen.) Deftiger als einmal läßt sich drüben niemand die Schuhe besohlen, und lieber als neue Sohlen kauft man sich neue Schuhe. Die große Wäscheausstattung, die dann „fürs Leben“ halten soll, ist der Amerikaner seit jeher unbekannt gewesen. Sie kauft sich ein paar Seidenwäschestücke und Strümpfe von der modernsten Art, wäscht sie ein paarmal selbst in ihrem Waschbecken und „plättet“ sie, indem sie sie nach an den — Spiegel klebt. Bald wirft sie sie fort und kauft sich von dem „gesparten Wäschegehalt“ neues, modernes Zeug. Mann und Frau folgen überhaupt viel schneller der Mode, Umarbeiten, Wenden und dergleichen verachten sie, weil dabei ja doch nichts wirklich Modernes herauskommen kann. Der ganze Unterschied dieser Lebensauffassung geht einem erst auf, wenn man einmal Gelegenheit hatte, sowohl den Berliner wie den New Yorker — Müll zu sehen. Man findet drüben oft im Müll, was bei uns noch stattdlicher Hausrat wäre!

Es ist, wie gesagt, zweifelhaft, ob der Deutsche jemals zu der „Verschwendung“ oder — wie man will — „Großzügigkeit“ des amerikanischen Konsums erzogen werden kann. Aber volkswirtschaftlich ist diese „Verschwendung“ zumindest ebenso nützlich wie die kleine Sparbarkeit. Indem man verbraucht und den Mitbürgern Arbeit und Verdienst gibt, erhält man aus dem steigenden Volkvermögen auch selbst wieder steigenden Verdienst. Amerika jedenfalls wurde nur durch diese Methode der inneren Konsumsteigerung aus seiner letzten Wirtschaftskrise gerettet und zu seiner berühmten „prosperity“ geführt. K.

**Der Verbrauch von Lebens- und Genussmitteln**

im Jahre 1926 blieb weit unter dem Friedensverbrauch.

Am jüngst erschienenen Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927 finden wir die Verbrauchsziffern einer großen Anzahl von Rohstoffen und Bedarfsartikeln. In bezug auf den Verbrauch von Lebens- und Genussmitteln zeigt sich auf der ganzen Linie, daß die Kopfquote des Vorkriegsverbrauchs im Jahre 1926 noch nicht erreicht worden ist. Am Erntejahre 1925/26 ist zwar der Verbrauch von Getreide und Kartoffeln gegenüber 1924/25 nicht unerheblich gestiegen, er blieb jedoch hinter dem Vorkriegsstand noch weit zurück. Einem Vorkriegsverbrauch für Roggen von 153,1 kg stand ein Verbrauch im Erntejahr 1925/26 von nur 114,5 kg gegenüber. Bei Weizen sind die entsprechenden Ziffern für 1913/14 und 1925/26 95,8 und 73,7 kg, bei Gerste 108 kg und 57,5 kg, bei Hafer 128,3 und 85,9, bei Kartoffeln 700,2 und 581,9 kg. Einem Fleischverbrauch von 52 kg pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1913 standen 1925 47,42, 1926 47,92 kg gegenüber. Hier zeigt sich selbst gegenüber 1925 keine erhebliche Steigerung. Der Bierverbrauch pro Kopf betrug 1913 102,3 Liter, 1925 75,4, 1926 76,3 Liter. Der Kaffeeverbrauch, der zwar gegenüber 1925 beträchtlich stieg, blieb mit 1,66 kg pro Kopf hinter dem Vorkriegsverbrauch von 2,44 erheblich zurück. Auch der Verbrauch von Seringen und ausländischen Gewürzen ist niedriger als vor dem Krieg. Die Genussmittel, deren Verbrauch sich gegenüber der Vorkriegszeit gehoben hat, sind zumeist Gegenstände des Luxuskonsums, wie Süßfrüchte. Auch der Verbrauch von Kakaobohnen hat sich erheblich erhöht, was dem Entstehen einer großen deutschen

Schokoladenindustrie zuzuschreiben ist. Unter den Genussmitteln des Massenkonsums hat der Zuckerverbrauch den Vorkriegsstand überschritten, eine Folge der Preisentwicklung der letzten Jahre, die infolge großer Steigerung der Weltproduktion zu einer erheblichen Preisentwertung führte.

**Zahlstellenkonferenz im Rheinland.**

Am 20. November fand in Köln eine Konferenz der Zahlstellen des Gauess Rheinlands links des Rheins statt. Mit zwei Ausnahmen hatten alle Zahlstellen Vertreter entsandt. Auch der Gauvorstand des Gauess Rheinlands-Westfalen aus Elberfeld war erschienen und Vertreter der Zahlstelle Düsseldorf. Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Hauelsen, Berlin, nahm an der Tagung teil; er wurde herzlich begrüßt.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Gauleiter, Kollegen Dreger, nahm Kollege Hauelsen das Wort zu einem Vortrag über: „Die Lage des Verbandes“. Einleitend sprach Hauelsen seine Genugtuung darüber

*Achtung! Achtung!*  
Die Werkstubenvertrauensleute werden dringend ersucht, nunmehr umgehend die noch nicht abgelieferten Karten zur

**Lohnstatistik**

an die Ortsverwaltung abzugeben.

Die Zustellung der Karten an den Verbandsvorstand muß ebenso umgehend erfolgen.

*Jede Karte ist wichtig!*

aus, daß es ihm möglich gemacht wurde, an der Zahlstellenkonferenz teilzunehmen dadurch, daß er in Erledigung einer Reihe von Organisationsarbeiten, insbesondere auch betreffend des kommenden Verbandstages in Düsseldorf, im Rheinland zu tun gehabt habe. Der von der Zahlstelle Düsseldorf bereits im Jahre 1913 ausgesprochene Wunsch, einen Verbandstag im Westen abzuhalten, gehe nunmehr in Erfüllung. Es dürfe erwartet werden, daß der im Jahre 1928 stattfindende Verbandstag das Organisationsleben im allgemeinen und insbesondere im Westen stark befruchten werde.

Zur Lage des Verbandes führte er aus, daß die wirtschaftliche Lage im allgemeinen sich gegenüber dem Jahre 1926 ganz wesentlich gebessert habe. Während nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung schätzungsweise im Jahre 1926 5788 Millionen Arbeitsstunden mit einem Arbeitseinkommen von 4000 Millionen Mark infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage verlorengegangen seien, zeige das erste Halbjahr 1927 nur einen Verlust von 950 Millionen Arbeitsstunden und einen Verlust an Arbeitseinkommen von 700 Millionen Mark. An dieser nennenswerten Besserung haben auch die von unserem Verband erfaßten Industriegruppen einen entsprechenden Anteil. Während unser Verband im Jahre 1926 teilweise bis zu 17,5 Proz. Arbeitslose und bis zu 42,2 Proz. Kurzarbeiter feststellen mußte, zeigt der Arbeitsmarkt im Oktober 1927 für unsere Berufsangehörigen nur noch 4,4 Proz. Arbeitslose und 3,8 Proz. Kurzarbeiter. Im Jahre 1926 waren von unseren Berufsangehörigen teilweise bis zu 60 Proz. von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, während für das Jahr 1927 erfreulicherweise nur etwa 15 Proz. festgestellt werden konnten. Diese nennenswerte Besserung der wirtschaftlichen Lage in unseren Industriegruppen brachte bis zum Ende des zweiten Quartals 1927 eine Mitgliederzunahme von rund 3000. Diese Zunahme entspreche leider nicht der Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt. Immerhin sei zu erwarten, daß das dritte und vierte Quartal einen weiteren Aufschwung an Mitgliedern bringen werde. Infolge der Opferfreudigkeit der Mitglieder und infolge der verminderten Aus-

gaben insbesondere für Arbeitslosenunterstützung, habe die finanzielle Lage des Verbandes sich sehr günstig entwickelt. Die Reichstarife konnten, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten, wiederum zum Abschluß gebracht werden. Dabei habe sich gezeigt, daß die kommenden Tarifverhandlungen voraussichtlich sich noch weit schwieriger gestalten werden und daher die Gefahr sehr nahe liege, daß uns das Jahr 1928 umfangreiche Kämpfe bringen werde. Daß die ganzen deutschen Unternehmer mit großen Auseinandersetzungen über die Festlegung der Arbeitsbedingungen usw. rechnen, beweise, daß sie ihre Kräfte durch Ansammlung von ausgeprägten Kampffonds zu stärken sich bemühen. Es sei deshalb selbstverständlich, daß auch die gewerkschaftlichen Organisationen sich für die kommenden Kämpfe rüsten müssen und daher habe der Verbandsvorstand auf Antrag des Tarifausschusses freiwillige Sonderbeiträge zur Stärkung der Verbandskasse ausgesprochen.

Die Unternehmer, mit denen wir im tariflichen Verhältnis stehen, mögen daraus erkennen, daß unsere Organisation gewillt ist, insbesondere in bezug auf die Lohngestaltung Zustände zu schaffen, die den Teuerungsverhältnissen nicht nur angepaßt sind, sondern darüber hinaus für die kulturellen Bedürfnisse unserer Kollegenschaft Raum gewähren. Um möglichst genaue Unterlagen für die Vorarbeiten der künftigen Tarifverhandlungen zu haben, sei die Erhebung einer Statistik in die Wege geleitet worden, durch die ein möglichst genaues Bild über die tatsächlich gezahlten Löhne und die Auswirkung der tariflichen Bestimmungen betreffend der Ferien zu erwarten sei.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall von den Delegierten aufgenommen.

Kollege Dreger gab dann einen Bericht über: „Die Lage im Gau“. Als wichtige Aufgaben des Verbandes bezeichnete er die Durchführung der Bildungsbestrebungen, die schon in der Arbeiterfamilie beginnen müsse: Erziehung zum Gemeinschaftsgeist und zum Selbstbewußtsein. Die Fachausbildung müsse gepflegt werden. Die Jugend müsse zusammengefaßt werden, um ihren besonderen Interessen gerecht zu werden. Betriebsrätebewegung und Weiterentwicklung des Arbeitsrechts seien weitere Gebiete, die sorgfältige Beachtung verdienen; außerdem die Pflege der Berufsstatistik. Dazu komme die wichtigste Aufgabe, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diesen Aufgaben gegenüber verglich er die Möglichkeit der Durchführung im Rheinland. Da fehle noch vieles. Die Mitgliederzahl sei zwar im Ansteigen, gegenüber dem Rekordjahr 1922 aber stark zurückgegangen. Das sei nicht nur durch den Rückgang der Zahl der Beschäftigten bedingt. Der Rheinländer sei zu sorglos und gleichgültig. Eine erhebliche Erschwerung für alle Arbeiten bilde der christliche Verband, der in den religiösen Vereinen und katholischen Geistlichen Zuträger besitze. Diese Spaltung hemme den Fortschritt und lockere die Disziplin. In allen Orten müsse kräftig gearbeitet werden, damit trotz der schwierigen Verhältnisse ein Aufstieg statfinde und damit die Aufgaben des Verbandes erfüllt werden können.

Die Kollegen Simons-Aachen, Henkes-Bonn, Breidbach-Koblenz, Roemer-Düren, Klum-Röln, Lehmann-Krefeld, Scheuer-Trier und der Kollege Mischo-Wiesdorf schilderten dann die organisatorische und tarifliche Lage in ihren Orten, wobei allgemein zum Ausdruck kam, daß insbesondere die Kartonnagenindustrie das Schmerzenskind ist. Vielfach wird der Tarif nicht eingehalten, die Belegschaften sind aber nur sehr schwer für den Verband zu gewinnen. In einigen Orten ziehen die Unternehmer mit Vorliebe weibliche Arbeitskräfte aus dem ländlichen Hinterland. Die Reichstarifpolitik fand allgemein Zustimmung. Einige Kollegen berichteten über die Schwierigkeiten mit der Befassung; das Veranlassungsrecht sei stark beschnitten gewesen und die tätigen Kollegen mußten jeden Augenblick mit der Ausweisung rechnen. Damit ist es zwar besser geworden, ist aber eine der Ursachen des Rückganges der Mitgliederzahl seit 1922.

Kollege Hauelsen gab dann einen Überblick über die verschiedenen Reichstarife. Er behaupte, daß das Betriebsrätegesetz von der Arbeiterschaft so wenig gewürdigt werde. Die vorgebrachten Wünsche würden

geprüft. Die rheinische Tagung habe auf einem hohen Niveau gestanden.

Kollege Hentes-Bonn trat für einen Ausbau der Gemäßregellenunterstützung ein; den Arbeitsschlechtern solle Material zur Verfügung gestellt werden, damit sie auch ihren Pflichten nachkommen könnten. Kollege Scheuer-Trier wünschte eine bessere Propagierung der graphischen Kartei. Kollege Eitmann-Köln empfiehlt die Herausgabe eines Taschen- und Wandkalenders. Wir müßten auch alle modernen Werbemittel anwenden, wie Plakate und Lichtbilder. Nachdem noch Kollege Müller-Düsseldorf auf den Verbandstag in Düsseldorf hingewiesen hatte, schloß Kollege Klimm die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf den Verband.

**Internationales.**

**Das Buchgewerbe in Rußland.** Der langjährige wirtschaftliche Niedergang des Buchgewerbes wurde ausgangs 1926 von merklichen Anzeichen einer Besserung abgelöst. Als Mittel gegen die Krise, das sich jedoch in erster Linie gegen die Arbeiter kehrte, wurde die Kurzarbeit angewandt. Sie sollte den schlimmsten Auswirkungen der Arbeitslosigkeit einen Damm entgegenstellen. In Leningrad und Moskau, den Zentralorten des Buchgewerbes, ging die Kurzarbeit fast an keinem Betrieb vorüber. Den breitesten Umfang erreichte die Kurzarbeit im Zeitraum August 1926 bis März 1927. Allein in Leningrad mußten z. B. in 11 Großbetrieben mit 5014 Mann Belegschaft 1314 Mann beschränkt arbeiten. In manchen Betrieben waren es bis 37 Proz. des Personals, die pro Woche zwei bis drei Feiertage einlegen mußten, in der Großbuchbinderei „Kitab“ waren es sogar 40 Proz., in der Kartonfabrik 81 Proz. Erst im Frühjahr trat eine Wendung zum Besseren ein.

Jetzt scheint die beschränkte Arbeitszeit überwunden zu sein, denn aus den beiden Hauptstädten wird von steigender Nachfrage nach Arbeitskräften berichtet. Aus der Provinz dagegen kommen noch minder erfreuliche Nachrichten, denn die Aufträge aus Moskau und Leningrad, die zum Teil in die billiger arbeitende Provinz vergeben wurden, sind infolge der Aufhebung der privaten Vermittlungsstellen nunmehr ausgeblieben.

Trotz der Besserung des Arbeitsmarktes ist die Zahl der Arbeitslosen von 18 939 im Januar auf 22 900 im Oktober gestiegen. Diese unerfreuliche Erscheinung soll verschuldet worden sein durch verminderten Eingang der Aufträge, durch Uebergang zur vollen Arbeitszeit, durch neue arbeitssparende Maschinen, durch ordnungswidrige Einstellung des Personals usw. Bei Bedarf von Arbeitskräften werden die Arbeitsnachweise oft übergangen, arbeitssuchende Leute werden „vor dem Tore“ angenommen, die tüchtigen zur Dauerarbeit ausgesiebt und die überzähligen wieder entlassen.

Die Arbeitslosenunterstützung, die der Bucharbeiterverband zahlt, ist in den einzelnen Bezirken verschieden. In Moskau z. B. zahlt der Verband 21 Rubel pro Monat für Mitglieder der ersten Beitragsklasse, 10 1/2 Rubel für Mitglieder der niedrigsten (vierten) Klasse.

Die Löhne sind im vorigen Jahre nur unwesentlich gestiegen (1,1 Proz.). Das laufende Jahr wird auch keine nennenswerte Erhöhung ergeben. Die Lohnpolitik bewegt sich auf der Linie der Angleichung aller Industriearbeiterlöhne, weshalb auch die Löhne im Buchgewerbe sich nur im Schneckentempo nach oben bewegen. Die Lohnhöhe der einzelnen Arbeitergruppen ist aus der nachfolgenden Zusammenstellung zu ersehen. Danach betragen die durchschnittlichen Monatslöhne (in Rubel):

	1926	1927	mehr in %
Bucharbeiter . . . . .	76,12	76,92	1,1
Lederarbeiter . . . . .	66,02	75,33	14,1
Nahrungsmittelarbeiter . . . . .	63,16	65,72	4,1
Metallarbeiter . . . . .	59,86	67,89	13,4
Eisenbahner . . . . .	59,12	67,44	14,1
Chemiearbeiter . . . . .	51,88	58,36	12,5
Holzarbeiter . . . . .	51,80	53,95	4,2
Bergarbeiter . . . . .	50,00	56,16	12,3
Textilarbeiter . . . . .	43,29	50,09	15,7

Der Moskauer polygraphische Trust, der bislang mit Zubußen arbeiten mußte, hat trotz aller Sparsamkeitsmaßnahmen ein weiteres Ansteigen der Schulden zu buchen. Am 1. August notierte sein Schuldkonto 1076 000 Rubel. Von einer Verwaltungskonferenz nach den Ursachen befragt, konnte die Trustleitung die steigende Verschuldung nicht zur allgemeinen Zufriedenheit erklären. Sie schob die Ursache dem Umstand zu, daß manche Betriebe kostspielige Bestellungen annehmen, ohne in der Lage zu sein, sie auch den Anforderungen entsprechend ausführen zu können. Die Besteller weigern sich dann, ihren mangelhaft ausgeführten Auftrag zu bezahlen. Sodann herrscht noch die Unsitte, daß die Betriebe sich in der Preisstellung gegenseitig unterbieten und ein und denselben Auftrag, der vom Besteller vielen Betrieben zwecks Preisdrucks unterbreitet wird, höchst unterschiedlich kalkulieren. Dem soll durch Einführung eines allgemeinverbindlichen Preistarifs nunmehr begegnet werden.

Eine ärztliche Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse im Buchgewerbe zeitigte folgendes Ergebnis: Die im Jahre 1925 stattgefundene Untersuchung betraf das Personal des buchgewerblichen Betriebes „Der rote Leuchtturm“ in Moskau. Befund: 70 gesund, 387 gesundheitlich gestört aber arbeitsfähig, 173 krank. Daraufhin wurde der Betrieb in sanitärer Hinsicht vollständig modernisiert. Unter ärztliche Aufsicht kamen 260 gesundheitlich gestörte Personen, 143 wurden durch den Arzt ständig behandelt, etwa 500 wurden auf Land oder in Kurorte geschickt, 12 mußten ihren Beruf quittieren und 9 unverbesserliche Alkoholiker kamen in Zwangskur. Die zweite Untersuchung wurde in diesem Jahre vorgenommen. Sie hatte folgendes Resultat: 106 Gesunde, 390 gesundheitlich gestörte, 104 Kranke. Gegen 1925 hat sich also der Gesundheitszustand im allgemeinen gebessert. Aber wenn eine Belegschaft von einhundert Mann noch 104 Kranke, die wohl als Erholungsbedürftige in unserem Sinne anzusprechen sind, aufweist, dann liegt die Vermutung nahe, daß die gesundheitliche Verfassung der Bucharbeiter nicht befriedigend ist. Die Bemühungen um den sanitären Schutz können nur dann von Erfolg sein, wenn die Vorbedingung, eine ausreichende Ernährung, erfüllt sein wird.

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Sowjetrepublik gab die Regierung der Arbeiterschaft das Versprechen, binnen einem Jahre den siebenstündigen Arbeitstag einzuführen. Das polygraphische Komitee am Obersten Wirtschaftsrat veranstaltete in Ausführung dieses Versprechens eine Umfrage, ob im Buchgewerbe, dessen Konzentration immer mehr fortschreitet, der Siebenstundentag schon jetzt zur Einführung gelangen kann. Die Umfrage wurde bejaht. Nunmehr sollen innerhalb eines Monats Richtlinien herausgegeben werden, die den Uebergang zur siebenstündigen Arbeitszeit regeln und in die Wege leiten. Sobald die neue Arbeitszeit allgemein eingeführt sein wird, wird wohl auch die Arbeitslosigkeit zurückgehen.

Die Bestrebungen, das Buch zu verbilligen, nehmen ihren Fortgang. Aber das erstrebte Ziel ist vorläufig weiter denn je abgerückt, denn die Selbstkosten und Preise sind wieder gestiegen. Am Jahresschluß 1926 lag noch ein Buchvorrat im Werte von 35 Millionen Rubel vor. Dieser Vorrat hat auch die vermehrte Arbeitslosigkeit unter den Buchbindern und sonstigen Papierverarbeitern verschuldet. Um zu sparen, wurde der Produktionsplan für das laufende Jahr um die Hälfte gemindert. Im ersten Halbjahr 1927 stiegen Selbstkosten und Buchpreise um 15,4 Proz., was der Verminderung der Auflageziffern, der besseren Buchausstattung und den höheren Verfasserhonoraren zugeschrieben wird. Mit der ungünstigen Entwicklung der Herstellungskosten hat besonders der Staatliche Verlag in Moskau zu kämpfen. Während in seinen Betrieben z. B. ein Bogen landwirtschaftlicher Literatur 7,42 Kopeken bei einer Auflage von 32 000 kostet, erfordert er im Privatverlag „Der Säemann“ bei nur 10 000 Auflage 6,1 Kopeken. Aus diesem Beispiel ist zu ersehen, daß der private Unternehmer das Geschäft besser versteht. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß der Staatliche Verlag Ende

vorigen Jahres rund 1600 Angestellte beschäftigte, deren Jahresgehälter sich auf etwa 3 Mill. Rubel summieren. Das sind 15 Proz. des Gesamtumsatzes. Darauf wurden 20 Proz. des Personals entlassen. Weitere Sparmaßnahmen sollen dieses größte buchgewerbliche Unternehmen in den nächsten Jahren vollständig gesunden helfen.

In den Sommermonaten wurde in Moskau eine große polygraphische Ausstellung eröffnet. Sie gab Zeugnis von den bedeutenden Fortschritten des Buchgewerbes aller Gebiete. Die künstlerischen Ideen, die sich jetzt ungleich mehr als früher entfalten, fanden ihren Ausdruck in vielen Prachtstücken der Ausstellung. In der Buchausstattung wird Vorzügliches geleistet. Da können auch westeuropäische Zunftgenossen noch viele Anregungen beziehen. In Georgien entdecktes lithographisches Gestein bester Qualität wurde ebenfalls ausgestellt. Rußland braucht jetzt dieses Gestein aus Bayern nicht mehr zu beziehen. Die Ausstellung war auch vom Ausland reichlich besichtigt. Besonders das deutsche Buchgewerbe behauptete darin mit vorzüglichsten Erzeugnissen den Ehrenplatz.

Zur Feier des zehnten Jahrestages der bolschewistischen Oktoberrevolution erschienen auch buchgewerbliche Delegierte aus zwölf verschiedenen Ländern. Sie wurden vom Vorstand zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen. Auch hier drehten sich die Beratungen vornehmlich um internationale Beziehungen zum russischen Verband. Der französische Delegierte stellte fest, daß alle Bemühungen in dieser Frage vollständig nutzlos waren. Man solle deshalb die Internationalen in Zukunft übergehen und bei den revolutionären Minderheiten, die es in jedem Lande gäbe, Verbindung suchen. Im Namen der deutschen Berufsgenossen sprach ein gewisser Otto. Die Beratungen wurden dann zusammengefaßt, daß jetzt mehr als je die Einheitsfront der polygraphischen Arbeiter der ganzen Welt organisiert werden müsse. Die Delegierten verpflichteten sich, in ihren Ländern für dieses Ziel zu werben. Es ist natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn jemand eine Reise nach Rußland riskiert. Man kann aber verlangen, daß er dies als eigene Angelegenheit behandelt und sich nicht als Beauftragter eines Verbandes oder Berufes aufspielt, von dem er zur Führung von sogenannten Einigungsverhandlungen keine Vollmacht erhielt. Es wäre interessant, zu erfahren, von wem Herr Otto mit der Rußlandmission betraut wurde.

In den Jahren 1905 und 1906 bestand in Moskau eine illegale Druckerei der Sozialdemokratischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Sie war in einem unterirdischen Gelaß untergebracht. Jetzt ist diese unterirdische Druckerei genau nach dem damaligen Muster rekonstruiert und dem Publikum zur Besichtigung übergeben worden. Unter der Firma: „Kaukasische Früchte en gros von Kalandade“ befand sich an der Straßenfront ein Laden, der die Existenz der Druckerei maskieren sollte. Im Keller lagerten große Vorräte an Früchten. Von dort führte ein tiefer Schacht zur eigentlichen Druckerei, wo die Zeitung „Der Arbeiter“ Proklamationen an die Soldaten; Aufrufe, Flugblätter und sonstige revolutionäre Schriften gedruckt wurden. In die Ziegelwand des engen Raumes sind jetzt die Bildnisse der damals tätigen Personen eingelassen. Inzwischen ist das Rad der Geschichte über Rußland gegangen. Die Diktatur des weißen Zaren übernahm der rote Zar. Einst schnüffelten die Spürhunde des Zaren nach bolschewistischen Geheimdruckereien, jetzt tun die Bolschewisten dasselbe mit den Geheimdruckereien ihrer eigenen Opposition oder denen der Menschewisten. Da setzt es harte Strafen ab. Heute noch müssen Männer, die in der Zarenzeit Gut und Blut für die Arbeitersache geopfert haben, in der sibirischen Eiswüste oder auf der berüchtigten Solowjezki-Insel unerträgliche Qualen erdulden, weil sie es gewagt hatten, sich seinerzeit der „Eroberung“ des Bucharbeiterverbandes durch die Bolschewisten zu widersetzen. Sie wurden jetzt zum Jubiläum nicht amnestiert, wohl aber wurden kriminelle Verbrecher dieser Gnade würdig befunden.

Victor Kalinowski.

# UNSERE JUGEND

## Jugendkraft!

**Empor das Haupt! Hab' Mut im Herzen!  
Zeig deine starke Jugendkraft!  
Denn nicht das Jammern stillt die Schmerzen  
und keine Klage Lind'ring schafft.**

**Hinein greif in das volle Leben,  
zech' deine sehnige Gestalt!  
Und stehe aufrecht ohne Beben,  
streb' aufwärts ohne Aufenthalt!**

**Die Kraft der Alten liegt im Raten  
die Weisheit ist ihr bestes Gut;  
doch deine Kraft liegt in den Taten,  
in deinem Herzen, deinem Mut.**

S. 301.

## Lehrling und Gewerkschaft.

In weiten Kreisen herrscht noch Unklarheit darüber, wie groß die Rechte des Lehrherrn gegenüber dem Lehrling sind. Nach der Gewerbeordnung unterstehen die Lehrlinge der „väterlichen Zucht“ des Lehrherrn. Das Empfinden des modern denkenden Menschey sträubt sich allerdings dagegen, dem Lehrherrn so weitgehende Rechte in persönlichen Angelegenheiten einzuräumen, zumal mit der „Väterlichkeit“ auch heute noch großer Mißbrauch getrieben wird.

Wichtig für den Lehrling und die Arbeiterschaft an sich ist die Frage: Steht dem Lehrherrn das Recht zu, dem Lehrling den Beitritt zu einer Vereinigung (z. B. zu einer Gewerkschaft) zu verbieten? Die Frage ist zu verneinen. Jugendliche und deren Eltern, die hier auf Schwierigkeiten stoßen, können sich auf ein Urteil berufen, das das Landgericht Bausen am 26. November 1926 gefällt hat. Darin wird ausgeführt:

„Die Vereinigungsfreiheit ist durch die Reichsverfassung gewährleistet. Darüber hinaus werden in Artikel 159 Satz 2 alle Abreden und Maßnahmen, welche die Vereinigungsfreiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, für rechtsmüßig erklärt... Die Vereinigungsfreiheit gilt auch für Minderjährige... Der Beitritt des Lehrlings zu einem Verein zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen kann nicht von der Zustimmung des Lehrherrn abhängig gemacht werden, denn insoweit steht der Lehrherr dem Lehrling nicht als Erzieher zur Seite, sondern als Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber. Die Vertragsbestimmung, daß der Lehrling Vereinen irgendwelcher Art nur mit Genehmigung des Lehrherrn beitreten darf, ist eine Abrede, die die Vereinigungsfreiheit einzuschränken sucht; sie ist nichtig.“

Nach diesem Urteil ist festgestellt, daß der Beitritt Jugendlichen zu einer Vereinigung allein von der Erlaubnis des gesetzlichen Vertreters (Vater oder Vormund) abhängig ist, nicht aber von der Zustimmung des Lehrherrn.

## Werksportvereine und Werksjugendpflege.

Der Jugendsekretär beim Bundesvorstand, Masche, sprach anfänglich der zehnten Sitzung des Bundesauschusses des ADGB über „Werksportvereine und Werksjugendpflege“. Die Werksportvereine sind nicht einheitlich zu beurteilen. Sie können nicht ohne weiteres in Bausch und Bogen als gelbe Vereine bezeichnet werden. Eine überragende Bedeutung für die Arbeitergewerkschaften haben sie nicht. Die Gewerkschaften halten die Werksportvereine für sachlich unbegründet. Wo sie bestehen, müssen jedoch die Gewerkschaften Einfluß nehmen, um zu verhindern, daß die Vereine die Arbeiter von wichtigeren Interessen ablenken.

Ganz eindeutig ist die sogenannte Werksjugendpflege zu beurteilen. Nicht nach ihrem Umfang,

aber grundsätzlich ist diese Werksjugendpflege von Bedeutung. An allen in Deutschland bestehenden Werkschulen zählt man etwa 17 000 Schüler; hiervon ist nur ein geringer Teil durch die Werksjugendpflege erfasst. Sie ist also für uns kein bedeutender Faktor, aber die Tendenz, den Betrieb gewissermaßen zur Erziehungsanstalt zu machen, zwingt uns zur Stellungnahme.

Die Unternehmer erheben für die Betriebe den Anspruch auf die Erziehungsgewalt über die Lehrlinge. Das ist ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung. Die Gewerkschaften lehnen die Werkschulen als Fachschulen keineswegs ab. Aber sie dürfen nicht benutzt werden zur Formung der staatsbürgerlichen Gesinnung. Die Werkschullehrer sind abhängig vom Unternehmer. Es wird daher von ihnen eine ganz bestimmte Haltung erwartet. Wir fordern deshalb, daß der Staat die Lehrer der Werkschulen einzustellen hat.

Gellert als Vertreter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes betraufte in seinen Darlegungen die Ausführungen von Masche. Die Jugendgruppen, die von den Gewerkschaften gebildet worden sind, zeugen davon, welche Bedeutung die Gewerkschaften der Jugendziehung beimessen. Die Jugend bahnt sich ihre Wege, die sie gehen will. Die Gewerkschaften müssen auf die aus der Jugend selbst hervorwachsenden Bestrebungen eingehen. Sie müssen sich aus dem Drängen nach Befreiung, der sich in der Sportbewegung äußert, annehmen. Die Gewerkschaften müssen mit den sportlichen Organisationen zusammenwirken, um gemeinsam Erziehungsarbeit zu leisten. Die selbstverständliche Folge dieses Zusammenwirkens wird sein, daß die Bedeutung der Werksportvereine zurückgedrängt wird.

Der Bundesauschuss nahm zu den in diesen Ausführungen berührten Fragen einstimmig folgende Entschlüsse an:

### Werksportvereine und Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben das lebhafteste Interesse daran, daß die Arbeiterschaft im Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte und ihrer Gesundheit ist. Der Bundesauschuss spricht deshalb seine Freude über die erfolgreiche Entwicklung der Arbeiterportbewegung aus, die von dem Willen zeugt, in gesunden Leibesübungen die gesundheitlich schädlichen Wirkungen schlechter Lebensverhältnisse und einseitiger, oft Gefahren mit sich bringender Arbeitsverrichtungen entgegenzutreten. Die Arbeiter-Turn- und Sportvereine sind die Stätten, in denen alle Arbeiter ihr Bedürfnis nach vernünftiger sportlicher Betätigung befriedigen können.

Wenn private und öffentliche Unternehmungen die Pflicht haben, der sportlichen Betätigung der werktätigen Bevölkerung materielle Förderung zu leisten, so mögen sie den Gemeinden besondere Mittel zur Errichtung von öffentlichen Turn- und Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen, Jugendheimen u. dgl. geben. Für die Gründung besonderer Werksportvereine besteht jedoch keine sachliche Notwendigkeit. Die Praxis vieler bestehender Werksportvereine zeigt, daß mit ihnen häufig betriebsgeköstliche Zwecke verfolgt werden, in manchen privaten und auch öffentlichen Betrieben werden sie benutzt, um eine Gesinnungsbeeinflussung der ihnen angehörenden Arbeiter, Angestellten und Beamten herbeizuführen.

Die Gewerkschaften wenden sich deshalb gegen die Gründung von Werksportvereinen. Die den bestehenden Werksportvereinen angehörenden Arbeitnehmer säh selbst bzw. der Beeinflussung durch die Beauftragten der Werksleitungen zu überlassen, liegt aber nicht im Interesse der Arbeiterbewegung. Es wird deshalb Aufgabe der zuständigen Gewerkschaften sein, im Benehmen mit den Arbeiterportvereinen von Fall zu Fall über die Haltung zu den bereits vorhandenen oder nach entstehenden Werksportvereinen zu entscheiden. Wenn es zweckmäßig erscheint, sollen die Gewerkschaftsmittelherveranlaßt werden, den Werksportvereinen beizutreten, um Einfluß auf ihre Leitung zu erhalten und sie geistig wie organisatorisch in die Arbeiterportbewegung hineinzuführen.

### Werksjugendpflege und Werkschulen.

In den verschiedenen Industriezweigen sind Unternehmungen dazu übergegangen, die von ihnen betriebene berufliche Ausbildung der Jugend in

Lehrwerkstätten zu verbinden mit einer Gesinnungsformung, deren Leitgedanke die Werksgemeinschaft ist. Durch die organisierte Werksjugendpflege und auch durch die Werkschulen wird versucht, den heranwachsenden Arbeitern die sogenannte „Wertverbundenheit“ zu geben. Um das zu erreichen, werden sie planmäßig von den Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen ferngehalten, indem man die ganze freie Zeit der Lehrlinge vom Werk aus mit Beschlag belegt. Durch Bestimmungen des Lehrvertrages müssen die gesetzlichen Vertreter ihr Erziehungsrecht auf die mit der Ausbildung beauftragten Personen übertragen und sich z. B. verpflichten, die Lehrlinge anzuhalten, „die von dem Leiter des Ausbildungswesens für Lehrlinge im Interesse der geistigen und körperlichen Erhaltung des Lehrlings angelegten Veranstaltungen an den verschiedenen Abenden der Woche regelmäßig zu besuchen“. Dieses Vorgehen dient ganz offensichtlich dazu, den Arbeiterorganisationen den Nachwuchs fernzuhalten. Solange nicht das Gesetz solche Anmaßung, die ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung der Unternehmer ist, verhindert, müssen die Arbeitereltern es ablehnen, sich diesen entwürdigenden Bedingungen zu unterwerfen. Dem Betrieb kann unmöglich Einfluß auf oder gar ein Bestimmungsrecht über Weltanschauung, Religion und politische und soziale Auffassungen der bei ihm tätigen Arbeiter eingeräumt werden.

Die Gewerkschaften erheben keine Einwendungen gegen die Errichtung von Lehrwerkstätten in größeren Betrieben, erkennen im Gegenteil ihren Nutzen für die sachliche Ausbildung des Nachwuchses durchaus an. Entschieden abzulehnen sind aber die Bestrebungen der Betriebe, in ihren Werkschulen Unterricht in Lebens- und Staatsbürgerkunde zu erteilen, wenn die an den Werkschulen tätigen Lehrer vom Betrieb eingestellt und von ihm abhängig sind. Wenn auch die Schulaufsicht vom Staat ausgeübt wird, so liegt doch die Auswahl der Lehrer völlig beim Betrieb, wodurch die Möglichkeit gegeben ist gewisse dem Betrieb erwünschte Gesinnungen und Anschauungen herrschen zu lassen. Die Gewerkschafter müssen deshalb fordern, daß in den Werkschulen, die Anspruch erheben, Ersatz für die öffentliche Berufsschule zu sein, die Lehrer vom Staat anzustellen sind.

## Herr Engel meldet sich.

Die dem „Wirt. Handwerk“ entnommenen und in Nr. 44 unserer Zeitung veröffentlichten „Zehn Gebote für Lehrmeister“ haben den Buchbindermeister Karl Engel, Stuttgart, auf den Plan gerufen.

Herr Engel berichtet uns, daß er in Frieden und Freundschaft einen Lehrvertrag mit einem Lehrling und dessen Vater gelöst habe, nachdem der im zweiten Lehrjahr stehende junge Mann keine Lust und Liebe mehr zum Handwerk zeigte. Herr Engel verschweigt dabei, daß er bei Übernahme des Geschäftes und Lehrlings von dem früheren Inhaber dem Lehrling gleich in der ersten Woche die erhaltene Entschädigung wesentlich gekürzt hat und durch seine Behandlung dem Jungen die Lust zum Handwerk nicht gerade stärkte.

Im zweiten Fall soll nach der Darstellung des Herrn Engel sein im dritten Lehrjahr stehender Lehrling außerordentlich dreist gewesen sein und nur mit Widerwillen habe er gearbeitet. Da, der Lehrling habe sogar einen jüngeren Lehrling zum Ungehorsam gegen seinen Lehrmeister aufgewiegelt. Herr Engel bestreitet nicht, daß er dem Lehrling den heißen Leimpinsel ins Gesicht geschlagen hat. Und die Ursache? Der Lehrling habe 5 Minuten nach 6 Uhr die Werkstätt nicht aufgeräumt.

Es wäre schon angebracht gewesen, wenn Herr Engel, anstatt eine sogenannte Berichtigung der Schriftleitung der „Buchbinder-Zeitung“ zu senden, dieser den Dank für die Veröffentlichung der Zehn Gebote ausgesprochen hätte mit dem Hinzufügen, daß ihm der Gant durchgegangen ist und die Gebote in Zukunft auch von ihm Beachtung finden werden. Etwas weniger sich in die Brust werfen und bedenken, daß man auch einst mal Lehrling war und dann Arbeiter, das würde zum Teil unseren Buchbindermeistern, die doch auch ums Brot schaffen, nichts schaden.

### Fahrt der Lehrlingsabteilung der Zahlstelle Halle a. S. nach Leipzig.

Durch Vermittlung der Kollegen Wachner-Weimar und Hejche-Leipzig war es unserer Lehrlingsabteilung Halle a. S. am 19. November ermöglicht, eine moderne Großbuchbinderei in Leipzig zu besichtigen. Ein Teil der halle'schen Firmeninhaber gaben einem Teil der Lehrlinge arbeitsfrei, damit diese an der Besichtigung teilnehmen konnten. Einige andere konnten sich allerdings nicht von dem Wert eines solchen Anschauungsmittels für die Ausbildung der Lehrlinge überzeugen und es bedurfte erst persönlicher Fürsprache der Zahlstellenleitung. Leider mußte ein Teil der Lehrlinge zur Arbeit und konnte nicht mit.

Die Jungkollegen trafen nach einstündiger Fahrt in Leipzig ein und nach einem kurzen Gang durch das „Graphische Viertel“ mit seinen Riefenbetrieben wurde es uns gestattet, den Betrieb der Firma Fichtenicher zu besichtigen. Ein Herr der Geschäftsleitung übernahm die Führung und nun bekamen wir in dem modernen und weitläufig eingerichteten Betrieb manches Neue zu sehen. Die Kollegen zeigten uns die „eisernen“ Kollegen bei ihrer Arbeit, als da sind Maschinen zum Fertigmachen, zum Deckenmachen, zum Rundmachen usw. Die Presser, Goldschnittmacher, Beschneider usw. zeigten ihre Fertigkeit, die nötig ist, um das Geld zum Lebensunterhalt zu verdienen. Aber auch die Kolleginnen ließen an der Fingerfertigkeit erkennen, daß auch sie im Daseinstampfen ihren „Mann“ zu stellen wissen. Manchem unserer Jungkollegen war das Gezeigte wirklich Neuland.

Daß aber auch die Lehrlinge in diesem Betrieb in den handwerklichen und künstlerischen Arbeiten des Berufes ausgebildet werden, davon zeugten die uns gezeigten Bände. Und hier kam uns die Erkenntnis, daß in dieser Richtung in Halle noch viel zu tun ist, namentlich von Seiten der Unternehmer, um die Lehrlinge zu wirklich tüchtigen Buchbindern zu machen, und sie nicht nur als billiges Ausbeutungsojekt zu betrachten.

Nachdem wir in allen Abteilungen des Betriebes herumgeführt und auch das Fertig- und Rohlager besichtigt hatten, fand der sehr interessante und lehrreiche Rundgang nach etwa 1 1/2 Stunde sein Ende. An dieser Stelle sei der Geschäftsleitung nochmals der Dank für ihre Bereitwilligkeit und das Entgegenkommen ausgesprochen.

Wir wanderten nach kurzem Umbisß zum Völkerschlachtdenkmal, das durch seine gewaltigen Ausmaße, aber auch durch die wunderbare Musik auf uns wirkte. Weiter ging unser Weg durch den Südfriedhof mit seinem Krematorium, das Mehlgelände mit Radiofenanlage, Achilleion, an der Deutschen Bäckerei vorbei nach dem gewaltigen Bau des Volkshauses. Hier wurde gemeinsam Mittagbrot gegessen. Nach dieser Rast ließen wir uns noch einige Zeit vom Großstadtrubel treiben, besuchten das Rathaus, Reichsgericht usw. und traten dann mit Heroinbruch der Dunkelheit die Fahrt nach der Saalestadt wieder an.

Die Versicherung der Jungkollegen, daß der Tag zu ihrer Zufriedenheit verlaufen, ließ uns erkennen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn wir das Leben in der Abteilung so interessant wie nur möglich zu gestalten suchen. Deshalb vorwärts und aufwärts zum Wohle des einzelnen wie der Gesamtkollegenschaft

### Ein Wort an die Jungen.

Langsam schreiten wir bergan. Es ist früher Morgen. Die Luft ist klar und rein und tief saugen sich unsere Lungen voll in dieser köstlichen Frische. Noch heftet sich schweigende Dämmerung. Doch nicht lange währt es und der erste Vogelruf begrüßt den kommenden Tag. Leises Rauschen durchzittert die Bäume, und bald umgibt uns jubelndes Leben. Schon streifen die ersten Sonnenstrahlen die Wipfel der Bäume, da halten wir ein und schauen stadtwärts.

Ruhig liegt sie hingebettet und es ist, als würde sie erdrückt von ihren eigenen Häuserblöcken. Schornsteine nur zerreißt die stumpfe Linie der Kirchtürme.

Da durchzuckt banges Fragen unser Sinnen.

Die Stadt wird lebendig. Ein breiter Strom von Menschen zieht dahin. Menschen der Arbeit. Und unter ihnen, einem frischen Reife gleich, ein gewaltiger

Strom junger Burschen und Mädchen. Zum erstenmal bestreiten sie diesen Weg und Hoffnung auf Sehnüchterfüllung blüht aus ihren erwartungsvollen Augen. Der Schweiß ledig, glauben sie endlich frei, ganz frei zu sein. Und nun? — — —

Als sie am Abend wiederkehrten, lag ein dunkler Hauch über ihren Seelen. Der Fessel entglitten, spürten sie den ersten Druck der Alltagsketten. Hilfesuchend schauten sie umher und wie riefen ihnen zu:

Du, junger Arbeiter, du, junge Arbeitsgenossin, komm zu uns, zur Jugend. Wir tragen mit euch, zu gleicher Stunde, dieselbe Last. Auch in uns ist dieses gleiche Sehnen wie in dir, dieses Sehnen nach Freiheit. Doch ein Wissen ist in uns, daß wir eines Tages die Ketten sprengen werden und dann müßt du mit-helfen, müßt mitum im Kampf um die Befreiung. Oder willst du, daß es immer nur Fronarbeit für dich gibt und tausend Schönheiten dir verborgen bleiben? Komm zu uns! Deine Klasse, das Proletariat der ganzen Erde, wartet auf dich. Es ruft dich und will dir das Wissen geben, das Wissen, das uns, die Schaffenden der ganzen Erde, stark werden ließ und das uns helfen soll, die Fesseln zu zersprengen, die uns umgeben und wie ein schwerer Alp das Dasein der Menschen verdunkeln.

Du wie ich, beide fühlen wir den frischen Pulsschlag der Natur. Und so, wie die Natur voller Sehnsucht nach dem Frühling ist, so ist es auch die Menschheit. Sie wartet auf den Völkerverfrühling. Doch dieses Warten ist nicht Müßigkeit, dieses Warten ist ein heißes Ringen, ist Kampf. Werde auch du zur Mitkämpferin, werde auch du ein Kämpfer! Reihe dich ein in das Heer des sich seiner Aufgabe bewußten, stolzen und tüchtigen Jungproletariats. All das Dunkle, Bittere des Alltags wird abgelenkt, wird deine junge Seele nicht vergiften können. Denn du schenkst dich dem Proletariat, schenkst dich deiner eigenen Klasse. Du gibst dem sinnlosen Leben Sinn, warst ein Stein im Bau des neuen Weltens und halfst eine neue Welt schaffen, wo einst alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, sich zu entwickeln und zu entfalten.

Komm zu uns, du junger Arbeiter!

Komm zu uns, du junge Arbeitsgenossin!

Komm zur Jugend!

Nicht nur wir, sondern das Proletariat der ganzen Erde wartet auf euch! XX.

### Fahrpreisermäßigung für Jugendliche.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat an die Regierungs- und Oberpräsidenten zur Frage der Fahrpreisermäßigung für Jugendliche das nachstehende Rundschreiben gerichtet:

Bestimmungsgemäß haben diejenigen Vereine, die den bevorzugten vier Reichsorganisationen Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, (Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, Jugendverbände und Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege) angehören, bei dem Antrage zur Erlangung der behördlichen Anerkennung als Jugendpflegevereine über ihre Zugehörigkeit zu diesen Organisationen sich auszuweisen. Bei der erstmaligen Ausstellung dieser behördlichen Bescheinigungen für das Jahr 1927 wurde in der Regel eine entsprechende formularmäßige Mitteilung der betreffenden Organisation vorgelegt. Von der Beibringung dieser Auskünfte kann in Zukunft abgesehen werden, wenn sie bei einem früheren Antrage bereits vorgelegen hat, oder wenn eine neu hinzutretende Vereinigung in den meinen Rund-erlassen vom 14. April 1926 und vom 16. April 1927 beigelegten Verzeichnissen aufgeführt ist.

Im übrigen treten Änderungen in den bisher ergangenen Bestimmungen oder in dem Anerkennungsverfahren für die Erreichung der Fahrpreisermäßigung zunächst nicht ein. Da die Gültigkeit der bisherigen blauen Bescheinigungen mit dem 31. Dezember 1927 abläuft, werden die betr. Vereine in geeigneter Weise allgemein auf die Erneuerung des Antrages hinzuweisen sein. Für das Kalenderjahr 1928 kommen weiße Ausweistarten in Anwendung.

Es verlieren also die in den Händen der Jugendgruppen befindlichen blauen Ausweistarten über ihre behördliche Anerkennung als Jugendpflegevereine, die bei Anträgen auf Erneuerung der Fahrpreisermäßigung benötigt werden, mit dem 31. Dezember d. J. ihre Gültigkeit. Jugendgruppen, die rechtzeitig im Besitz der neuen weißen Ausweistarte für das Kalenderjahr 1928 gelangen wollen, müssen sofort einen entsprechenden Antrag bei derselben Stelle, die die Karten auch im vorigen Jahre ausgestellt hat, einreichen. Alle Einzelheiten sind dem vom preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt im vorigen Jahre herausgegebenen Merkblatt über die Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege in Preußen zu entnehmen. Die ausgestellten Führerausweise behalten ihre Gültigkeit über den 31. Dezember d. J. hinaus.

### Fahrpreisermäßigung bei Benutzung der Postkraftwagen.

Mit Schreiben vom 4. November 1927 teilt der Reichsminister des Innern mit:

Bei den von mir mit dem Herrn Reichspostminister geführten Verhandlungen über Fahrpreisermäßigung für Jugend- und Schülerfahrten bei Benutzung der Postkraftwagen hat sich dieser wie folgt geäußert:

Für Jugend- und Schülerarten bestehen im Kraftpostbetriebe zurzeit folgende Ermäßigungen:

1. Kinder bis zu zehn Jahren zahlen bei allen Kraftpostfahrten nur den halben Fahrpreis.
2. Schulklassen und Wanderguppen ist durch das Lösen von Zehnfahrtenarten die Möglichkeit gegeben, zu einem um 20 Proz. ermäßigten Fahrpreise zu reisen.
2. Bei der Bestellung eines Sonderwagens werden sich bei ausreichender Beteiligung in manchen Fällen wesentliche Fahrpreisermäßigungen gegenüber den Preisen bei regelmäßigen Fahrten erzielen lassen.
4. Auf vielen Kraftpostlinien sind Rückfahrkarten mit 16% Proz. Fahrpreisermäßigung und dreitägiger Gültigkeitsdauer eingeführt. Auch diese Karten können für Jugend- und Schülerfahrten ausgenutzt werden.

Zur Einführung weiterer Fahrpreisermäßigungen bin ich bei aller Würdigung des vorliegenden Zweckes zu meinem Bedauern auch für solche Verkehrsgebiete nicht in der Lage, für die die Kraftpost das einzige Verkehrsmittel bildet. Mit Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit des Kraftpostbetriebs sind der Gewährung von Fahrpreisermäßigungen bei Benutzung von Kraftposten, namentlich wenn diese in wenig bevölkerte Gegenden verkehren, gewisse Grenzen gesetzt.

### „Lachendes Volk.“

Humor in Vers und Prosa. Zusammengeleitet von Walter Eickhoff und W. Hofmann. 200 S. Kartontext 3 M., Ganzleinen 4 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61.

Dem Arbeiterjugend-Verlag muß man Dank zollen. Er legt ein Buch vor, an dem man seine helle Freude haben kann. Von allen bisher veröffentlichten Humorsammlungen unterscheidet sich das Buch durch seine soziale Note. Politischer Humor wechselt mit heißender Satire und humorigen Schurrnen. Von älteren und neueren Humoristen und Satirikern sind vertreten Heine, Glashöfner, Kopsch, Reuter, Thomas, Wendel, Löns und viele andere.

Ein derartiges Buch, vollgefüllt mit sprühendem, heissem und launigem Humor fehlte uns schon immer. Nun ist es da, zwingt uns zum bescheiden Lachen. Wenn es auch in erster Linie als Vortragsbuch für die Kreise der Jugend gedacht ist, so wird es jeder Freund von Humor gern zum Lesen in die Hand nehmen, denn die wirklich gute Sammlung ist im besten Sinne ein Hausbuch für die Familie. Deshalb sollte es in keiner Bäckerei, in keiner Hausbibliothek fehlen.

Reicht das „Lachende Volk“ als köstliches Geschenk; es ist geeignet, über die Schwere des Alltags und des Kampfes ein befreiendes Lachen auszulösen. Zu beziehen durch jede Buchhandlung

**Berichte.**

**Barmen-Elberfeld.** Im Christlichen Gewerkschaftshaus in Barmen fand am 29. November eine gemeinschaftliche Versammlung der Musterkartenarbeiter in den Textilfabriken statt. In dieser Versammlung wurde der Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für die Textilindustrie gegeben und über das Ergebnis der Verhandlungen Beschlüsse gefasst. Kollege Groenhoff hielt ein großangelegtes Referat, in dem er zunächst auf die hinter uns liegende Aussperrung der Textilarbeiter hinwies und eine Schilderung der wirtschaftlichen Lage gab, die zu solchen großen Arbeitstämpfen, wie die Kämpfe der Bergarbeiter, die Aussperrung der Textilarbeiter und neuerdings der Tabakarbeiter, führen. Die Ursachen dieser großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen liegen in erster Linie in der Tatsache begründet, daß das Einkommen weiter Arbeiterkreise, gemessen an der Kaufkraft des Geldes, ein zu geringes ist, wodurch die Arbeiterklasse veranlaßt wird, durch Erringung besserer Löhne einen wirtschaftlichen Ausgleich zu schaffen. Neben diesem rein materiellen Bestreben tritt der ideale Wunsch nach einem höheren kulturellen Dasein hervor. Demgegenüber steht der Egoismus der einzelnen Unternehmer, die jeder für sich möglichst niedere Löhne zahlen möchten, um ihren Waren den Stempel der Billigkeit aufzudrücken. Außerdem bildet sich das Unternehmertum ein oder tut wenigstens so, daß durch niedrige Löhne die Wirtschaft zu heben sei. Sie beherzigen also nicht die wirtschaftlichen Lehren der Amerikaner, die umgekehrt hohe Löhne zur Ankurbelung der Wirtschaft für richtig halten. Als die Lohnstreitigkeiten in der Wuppertaler Textilindustrie ausbrachen und sich in Leitstreiks auswirkten, haben die Unternehmervertreter vor dem Schlichtungsausschuß stundenlang über die Schuldfrage geredet. Dieser Streit ist müßig. Schuld am Ausbruch des Kampfes sind in erster Linie die vielen Unorganisierten. Durch deren Verhalten seit den Inflationszeiten war es den Unternehmern erst möglich die Löhne herab- und die Arbeitszeit heraufzubringen, was zu den trassen Lohnunterschieden führte, wie sie z. B. zwischen dieser Industrie und dem graphischen Gewerbe hervortraten. In der Musterkartenbranche wie auch in der Kartonagenindustrie ist diese Spezies von Ausschloßgen noch stark vertreten. Sie sind mit der Ursache, daß der Kartonnagentarif gegenüber dem Buchbindertarif zurückgeblieben ist, was ganz besonders im Wuppertal durch das örtliche Abkommen frag in die Erscheinung tritt. Durch eine Reihe padender Bilder und Vergleiche wurde das schätzbare und schädliche Gebaren der Unorganisierten angeprangert, womit bei der Versammlung stürmische Zustimmung ausgelöst wurde.

Sodann gab Groenhoff einen chronologischen Überblick über die jahrelangen Bemühungen der Organisationsleitung, die Musterkartenarbeiter in den Textilfabriken zu den Löhnen des Reichstaxis zu verbessern. Er schilderte die tariflichen Bestimmungen des Reichstaxis, vor allen Dingen den § 16 betr. Handwerker. Nach diesem haben berufsfremde Handwerker unter gewissen Umständen das Recht der Wahl, entweder nach ihrem eigenen Tarif oder nach Textiltarif bezahlt zu werden. Das ist dann der Fall, wenn eine Fabrik eine neue Handwerkergruppe einstellt, z. B. eine Musterkartenabteilung einrichtet, oder aber, wenn der Textiltarif abgelassen ist. Nachdem bekannt wurde, daß die Textilarbeiter neue Lohnverhandlungen beantragt haben, sind unsere Musterkartenarbeiter sofort von der Organisationsleitung aufgefordert worden, nimmbar überall den „Api“-Tarifforderungen zu fordern. Da der Textiltarif den Tarifkontrahenten unterlag, andere Tarife abzuschließen, ist die Verhandlung in den einzelnen Betrieben der gegebene Weg. Die einzelnen Firmen verwiesen aber wieder auf den Arbeitgeberverband, an dessen Weisungen sie sich halten. Der Arbeitgeberverband aber gab die Weisung heraus, daß das Verlangen der Buchbinder zurzeit untariflich sei. § 16 sei ein Teil des Manteltarif. Dieser sei aber nicht abgelassen, sondern nur das Lohn- und Arbeitszeitabkommen. So existiert ein richtiges Karussell, indem Tarif und Arbeitgeberverein uns auf die Verhandlung mit den einzelnen Firmen verwiesen, diese aber sich wieder hinter dem Arbeitgeberverband verstecken.

Nach längeren schriftlichen und mündlichen Verhandlungen ist es nun endlich durch Vermittlung der Fachgruppe „Papierverarbeitung“ zu einer Verhandlung mit der Fachgruppe „Textilindustrie“ gekommen. Diese fand am 24. November statt. An ihr nahmen Vertreter des Buchbinderverbandes, des Graphischen Zentralverbandes und des Arbeitgeberverbandes teil. Die Unternehmer stellten sich auf einen absolut ablehnenden Standpunkt. Es sei ihnen durch tarifliche Bindung unterlag, mit anderen Arbeiterverbänden, außer den Textilarbeitern, Tarife abzuschließen. Auch sei es ihnen unmöglich, die verschiedensten Tarifhöhe in ihren Betrieben zu zahlen.

Unsere Vertreter wiesen darauf hin, daß dieses ja auch im graphischen Gewerbe der Fall sei. Von unseren Vertretern wurde ferner darauf hingewiesen, daß unser Reichstaxi für allgemeinverbindlich erklärt ist und unsere Mitglieder demnach auf dem Wege der Klage zu ihrem tariflichen Recht gelangen könnten. Unsere Organisationen möchten aber nicht die Schärfe in die Bewegung hineinbringen, sondern zunächst versuchen, auf dem Verhandlungsweg eine Lösung zu finden.

Nach mehrstündiger Beratung wurde die Verhandlung geschlossen mit dem Resultat, daß der Schlichtungsausschuß sich zunächst mit diesem Tarifstreit befassen soll.

Zum Schluß gab Groenhoff noch einige Hinweise auf die tarifrechtlichen Verhältnisse und forderte in ersten Worten alle Anwesenden auf, für die reiflose Organisierung der Musterkartenarbeiter zu sorgen, denn: „Lohnfragen sind Machtfragen!“

An diesen Vortrag schloß sich eine recht lebhaft ausgeführte, an der sich die Kollegen Klinkert, Lautenschläger, Grünen, Fabry und andere beteiligten. Diese ergänzten und unterstrichen die gemachten Ausführungen in lebhafter Weise. Zum Schluß kam die Versammlung zu dem einstimmigen Beschluß, den vorgezeichneten Weg zu gehen, sie gab den Organisationsleitungen das Recht, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Mit einigen anfeuernden Worten schloß Kollege Grünen die gut besuchte Versammlung. — Der Schlichtungsausschuß ist inzwischen am 30. November angereuen worden.

**Barmen-Elberfeld.** Am 29. November 1927 fand unsere Quartalsversammlung zum ersten Male im neuen Gewerkschaftshaus statt. Die Versammlung war besser als sonst besucht, sie empfand den Aufenthalt im eigenen Heim sehr angenehm. Kollege Klinkert eröffnete die Versammlung mit einer dieser Tatsache angepaßten Ansprache. Den Geschäftsbericht gab Kollege Grünen, der auf die vielseitigen Aufgaben hinwies, die durch die Ortsverwaltung im letzten Quartal gelöst werden mußten. Der Kassenbericht lag gedruckt vor, er wurde vom Kollegen Wehler näher erläutert. Die Einnahmen für die Verbandskasse betragen 7924,91 Mk., die Ausgaben 5069,45 Mk. Die Einnahmen für die Lokalkasse 2820,85 Mk., die Ausgaben 876,70 Mk., so daß ein Kassenbestand von 1953,15 Mk. verbleibt.

Dann hielt Kollege Peus einen Vortrag über „Die Bedeutung der Wahlen zu den Allgemeinen Ortskrankenkassen“. Die interessanten und lehrreichen Ausführungen des Referenten gingen von den Angriffen aus, die die „Berghisch-Märkische Zeitung“ und manche anderen bürgerlichen Zeitungen gegen die Ortskrankenkassen führten. Kollege Peus widerlegte die Anwürfe, die gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen gerichtet waren und wies auf die großen sachlichen und geldlichen Leistungen und Einrichtungen zum Wohle der Mitglieder hin. Besonders nahm er sich die Angriffe des Ausländers Riis Peterjen vor; er stellte diesem gegenüber das anerkannte Urteil des Herrn Reg.-Rat Dr. Rießer über die Krankenkassen. Am 4. Dezember müsse jeder zur Wahl gehen und die Liste der freien Gewerkschaften wählen. Aber nicht nur das, jeder müsse auch im Kreise seiner Familie, seiner Freunde, Bekannten und Kollegen dafür sorgen, daß die Wahlberechtigten ihr Wahlrecht zugunsten der gewerkschaftlichen Liste ausüben. Den Wahlen kommt neben der direkten Beeinflussung der einzelnen Kassen noch die hohe Bedeutung zu, daß sich daraus die Vertretung zu den übergeordneten Versicherungsämtern und Instanzen aufbaut, weshalb auch in dieser Hinsicht die Arbeiterschaft ein großes Interesse an dem guten Ausgang der Wahlen hat. — An diese mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhaft ausgeführte, in der die Ausführungen des Referenten ergänzt und unterstrichen wurden.

Zum Schluß erstattete Kollege Groenhoff verschiedene Berichte, von denen der über die Tarifbewegung der Musterkartenarbeiter in den Textilfabriken bedeutsam war. Diese Bewegung ist noch nicht abgeschlossen. Der Vorsitzende schloß mit dem Hinweis die Versammlung, daß die kommenden Versammlungen im neuen Heim noch besser besucht werden möchten.

**Bochum.** Unseren Bemühungen ist es gelungen, daß an der hiesigen Berufsschule jetzt auch eine Fachklasse für Buchbinder eingerichtet worden ist. Der Unterricht, der in allen Zweigen des Buchbindershandwerks erteilt wird, findet Montags und Freitags in den Abendstunden von 7.40 bis 10.40 statt. Das Schulgeld beträgt für Schülern 20 Mk. und für Lehrlinge 10 Mk. pro Halbjahr; doch wird den Lehrlingen, die unserem Verband angehören, die Hälfte des Betrages aus der Lokalkasse erstet.

Da uns das Recht zugestanden ist, dem Unterricht beizuwohnen, können wir auf Grund unserer Beobachtungen mit gutem Gewissen sagen, daß die Schule einen guten Fachlehrer bekommen hat, der sich große Mühe gibt, den Schülern etwas beizubringen.

**Düsseldorf.** In Nr. 28 der „Buchbinder-Zeitung“ vom 10. Juli berichteten wir über moderne Betriebsführung bei der Firma L. Schwann, Verlag, Buch-, Kunst-, Steinindustrie und Großbuchbinderei. Wir können heute dieses Kapitel um einen neuen Fall vermehren. Als die Arbeit vor fünf Wochen nachließ, mußte die Firma die Rentabilität des Betriebes nur dadurch zu wahren, daß sie zwei Kollegen, die bereits zwei und drei Jahre im Betrieb tätig waren, kündigte. Auf den Einspruch des einen wurde die Kündigung vorläufig zurückgenommen. Die Woche darauf sollte wieder zwei Kollegen, die zwei und zehn Jahre im Betrieb tätig sind, gekündigt werden. Da letztere an der Einhängemaschine eingearbeitet sind, nahm man davon Abstand und die Meister äußerten, dann müßten eben zwei andere (Jubilare) gekündigt werden. Schließlich gab es keine Kündigungen, sondern Kurzarbeit wurde angeordnet. Da man diese nicht rechtzeitig angelegt hatte und der Betriebsrat Einspruch erhob, trat die Kurzarbeit erst eine Woche später in Kraft. Während dieser Zeit standen die Geschäfte ohne Arbeit herum. Auf den Hinweis, daß doch genug Mädchenarbeit als Vollstandsarbeit da sei, wurde gesagt, das will man im Kontor nicht haben, das wird zu teuer. Aber bei Hochkonjunktur haben die Geschäfte ihre Zustimmung dazu geben müssen, daß Gehilfenarbeit von Mädchen vorübergehend gemacht wurde! — Ist es von dieser Firma brutal, beim Nachlassen der Arbeit in der Buchbinderei den dort Beschäftigten sofort mit der Hungerpeitsche zu drohen, dann mutet es eigenartig an, wenn drei Tage nach Beginn der Kurzarbeit ein Antrag von 250 000 Prospekten aus dem Hause gegeben wird. Jede noch etwas sozial eingestellte Firma schleppt erstens ihre Arbeiter in stauer Zeit mit durch, und zweitens kündigt man erst, wenn auf längere Sicht absolut keine Beschäftigungsmöglichkeit vorliegt. War das die ganze Kunst des Organisationsrats, die er dem Betriebe hinterlassen hat? — Da wäre es schon besser gewesen, er hätte mit seiner Tätigkeit in den höheren Regionen der Firma begonnen. Was sind das für zwei Meister in der Buchbinderei, die nicht einmal über drei Tage hinaus das Feld übersehen können? Hier dürfte bei passender Gelegenheit noch einiges zu sagen sein. Wir können aber auch den Betriebsrat nicht unerwähnt lassen, der doch vor Entlassungen und Kurzarbeit erst die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu untersuchen hat. Wählt er sich laut Betriebsrätegesetz alle Vierteljahre von der Firma einen geschäftlichen Bericht vorlegen? Oder braucht der Betriebsrat sich keiner Mühe zu unterziehen, wenn nur Buchbinder in Frage kommen? — Zum Schluß müssen wir mit Bedauern feststellen, daß wir von der Einstellung dieser Firma in sozialer Hinsicht bisher eine zu gute Meinung hatten. Da doch Geld genügt da ist zur Anschaffung der teuersten und modernsten Buchbindereimaschinen und zu dauernden Neubauten, ließen sich doch wohl bei etwas stiller Zeit auch ein paar Arbeiter mit durchschleppen.

**Gleiwitz.** Der Buchdruckereibesitzer Stephan betreibt hier eine Buchdruckerei, lithographische Anstalt und Buchbinderei. Außer Buchdruckern und Steindruckern benötigt er circa 40 weibliche Hilfskräfte und einige Buchbinder. Obgleich für alle diese Arbeitskräfte Tarifverträge bestehen, die durch ihre Allgemeinverbindlichkeit Gesetzeskraft erlangt haben, scheidet sich dieser Unternehmer gar nicht um diese. Unseren Kollegen wurde schließlich, nachdem sie und unser Verband mit Nachdruck darauf gedrängt hatten, der Tariflohn gezahlt. Der tarifliche Urlaub wurde erst nach Klageerhebung beim Arbeitsgericht im außergerichtlichen Vergleichswege gewährt. Den Arbeiterinnen jedoch wird ein Lohn gezahlt, der noch nicht der Hälfte des Tariflohns entspricht. Das Unternehmen hat umfangreiche Aufträge für die Reichsbahn auszuführen. Etwa 25 Arbeiterinnen müssen im Atford arbeiten. Dabei wird ihnen ein gewisses Arbeitspensum vorgeschrieben, das sie bei achtstündiger Arbeitszeit nicht zu bewältigen vermögen. Die Arbeitszeit muß infolgedessen um 2, 3 und mehr Stunden täglich überschritten werden. Dabei werden dann 13—15 Mk. in der Woche verdient. Wie oft mag wohl das Gewerbeaufsichtsamts diesen Betrieb kontrolliert haben? Es dürfte endlich an der Zeit sein, daß in diesem Betriebe erneut nach dem Rechten gesehen wird.

Daß sich Herr Stephan dabei als liebevoller Patriarch zeigt, ist selbstverständlich, sonst wäre ihm ja eine so schrankenlose Ausbeutung und Bewucherung bei der Entlohnung seiner Arbeiterinnen nicht möglich. Er stellt sich mit seinen Arbeiterinnen auf den Duzfuß. An Schneideleuten fehlt es dabei nicht. Zweifelloos hat er darin etwas weg, das muß ihm selbst der Neid lassen. Der Patriarch Stephan ist zum Erzleher wie geschaffen. Die Größe, mit denen er seinen Arbeiterinnen zu jeder Tageszeit begegnet, gebrauchen nicht einmal Viehtreiber oder Wärter der zoologischen Gärten. Sie schämen die ihnen anvertrauten Tiere und behandeln sie liebevoll. Von solchen Leuten, die doch nur Umgang mit Tieren haben, könnte Herr Stephan in der Behandlung

**Zählst du deinen Beitrag richtig?**

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 50. Wochenbeitrag für 1927 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achtet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

seines Personals noch etwas lernen. Herr Stephan aber droht nicht nur damit, seine Arbeiterinnen „in die Freie“ zu schlagen, daß „die rote Suppe spritzt“, sondern er hat auch schon schlagende Beweise dafür erbracht. Doch weiß er seine Zöglinge auch anders zu strafen. Er wird daran auch nicht gehindert, weil er es verstanden hat, die Arbeiterkraft davon abzubringen, einen Betriebsrat zu wählen. Er weiß, wie ein Unternehmer läufige Betriebsratsmitglieder aus seinem Betrieb entfernen kann. Zwar hat er noch eine Arbeitsordnung aushängen, die er infolge ihrer Uebersetzung selbst nicht mehr entziffern kann. Was er selbst nicht kann, können andere natürlich auch nicht. So spaltet er denn ganz nach Belieben bei der Bestrafung seiner Untertanen. Weht der Wind ein Blatt Papier vom Arbeitstisch, dann erbt er sich darüber. Die Arbeiterin, die sich nach diesem Papier bückt, um es aufzuheben, wird dafür mit einer Mark Lohnabzug bestraft. Fällt eine ihm gar nicht gehörige Flasche zu Boden und geht dabei in Trümmer, dann wird die die Scherben wegräumende Arbeiterin ebenfalls mit einer Mark Lohnabzug belegt. Kranke werden mit sofortiger Entlassung bedroht. Das hat Herr Stephan als Vorstandsmitglied der Krankenkasse gelernt.

Wir erlauben uns die öffentliche Anfrage an das Gewerbeaufsichtsamt: Wozu verwendet der Buchdruckermeister Stephan die im Verhältnis zu den Löhnen unterhältnismäßig hohen, den Arbeiterinnen in Abzug gebrachten Strafgebühren? Wir wollen die Schilderung der Verhältnisse des Betriebes heute damit abschließen und uns das weitere vorbehalten.

**Cahe.** Unsere Vierteljahresversammlung am 23. November war gut besucht. Kollege Dürr schilderte im Geschäfts- und Kassenbericht in ausführlicher Weise die Tätigkeit innerhalb der Zahlstelle. Der Verbandskasse konnte bei einer Einnahme von 5217,35 Mark der Betrag von 2500 Mk. überwiesen werden. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 1817,64 Mk.

Hierauf referierte Kollege Dürr über: „Was planen die Fabrikanten der Lahrer Ctuiss- und Kartonagenindustrie?“ Zunächst schilderte Referent das Zustandekommen der Reichstarife für diese Sparten und wie der Verband und die Lahrer Kollegen die den bekannten Lahrer Verhältnissen weitgehendes Interesse und Verständnis entgegenbrachten, bis die Lahrer Industrie durch Uebergangsbestimmungen erst allmählich in den Tarif hineingewaschen ist. Bis Ende 1923 gab es dann über die tariflichen Verhältnisse keinen größeren Streit mehr, die Lahrer Unternehmer hatten sich, wenn auch innerlich widerstrebend, mit dem Tarifgedanken abgefunden. Trotzdem ging der größte Widerstand gegen die Tarifabschlüsse immer wieder von den Unternehmern von Lahr aus. Der Umstand, daß für eine Anzahl Ctuissorte keine tarifliche Abmachungen mehr bestehen, läßt auch die Lahrer Unternehmer die Zeit für angründlich erkennen, sich von den tariflichen Bestimmungen freizumachen. Dies ist wohl auch der Beweggrund, daß — wie hier durchgeschildert ist — die Lahrer Fabrikanten der Ctuiss- und Kartonagenbranche zum 31. März 1928 ihre Mitgliedschaft im Zentralverband Deutscher Kartonagenfabrikanten gekündigt haben. Es soll, wie wir hören, auch der Streit der in Frage kommenden Unternehmerhandlitz dabei eine Rolle spielen, die den einzelnen Verbänden der Landesgruppen auf diese Weise Mitglieder einsparen wollen. Wenn aber die Unternehmer glauben, daß die Arbeiterkraft nur willkürliches Objekt ihrer Handlungen sei und sie die Löhne nach Gutdünken diktieren können, dann werden sie sich ganz gewaltig täuschen. Dies kam in der erfreulicherweise sehr lebhaften Diskussion einmütig zum Ausdruck. Alle Redner zeigten den Willen — und die Versammlung unterfürlich die Ausführungen der einzelnen mit lebhaftem Beifall — jetzt schon zu rufen, damit die Absicht der Unternehmer nicht zur Tat wird. Eine restlose Kleinarbeit wird einsehen, um auch den letzten Berufs-zugehörigen dem Verband zuzuführen —

Unsere Familienunterhaltung am 27. November hätte besser besucht sein dürfen. Galt es doch, zwei verdiente Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft im Verbande zu ehren. Es sind dies die Kollegen Kilgus und Bohrer. Erfreulicherweise waren auch von Freiburg eine Anzahl Kollegen erschienen. Den unter-

haltenden Teil hatten die Arbeitermusik Dinglingen und das Doppelquartett des Arbeiterjüngerbundes übernommen. In wohlgeleiteter Rede hob Kollege Dürr die Verdienste der beiden Jubilare um unseren Verband hervor, ihnen das Ehrenblatt des Verbandes im Namen des Verbandsvorstandes und einige Anwesenden der Zahlstelle zu überreichen. Beide Kollegen dankten mit bewegten Worten, die Zeiten schildern, in denen es viel schwieriger als heute war, für den Verband zu arbeiten. Mit der Aufforderung, kein Unrecht zu dulden und sich im Verband eine feste Schutz- und Trugmasse zu schaffen, schlossen die Jubilare ihre mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Die Unterhaltung wurde von den Mitwirkenden auf das beste ausgeführt, wofür ihnen auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen sei.

**Nürnberg-Fürth.** Durch einen bedauerlichen Unglücksfall ist der Kollege Ferdinand Geyer ganz plötzlich im Alter von 59 1/2 Jahren aus dem Leben geschieden. Kollege Geyer war 29 Jahre Mitglied unseres Verbandes, einer von jenen ganz Stillen, die nach ihrer Art treu zum Verband halten. Er war ein ruhiger Kollege, der an Schwerhörigkeit litt. Letzterer Umstand läßt das Unglück erklärlich erscheinen. Geyer ist beim Weggehen von seiner Arbeitsstelle von einem Lastauto angefahren worden, wobei er einen Schädelbruch erlitt, der wenige Stunden nach seiner Einlieferung ins städtische Krankenhaus 'inen Tod zur Folge hatte. Die Kollegenchaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!**

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erworbene Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

**Solingen.** Hier fand am 27. November nach längerer Frist wieder eine Versammlung statt, die sich mit unseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, der tariflichen Lage, sowie mit unserer Zahlstelle und ihrer Zukunft beschäftigte. Gewandter Groenhoff hielt zunächst eine kurze Gedächtnisrede für den verstorbenen Kollegen Guß. Die Versammlung ehrte dessen Andenken in üblicher Weise. Sodann gab Groenhoff ein Bild der tariflichen Lage. Er schilderte die Bemühungen, in Solingen zur Einführung der Reichstarife zu kommen, ferner die zahlreichen Verhandlungen bezüglich des sogenannten Kollektivvertrages. Er erinnerte an die „Generallstreiks“ und an die damit verbundenen Aussperrungen von 1920 und 1924. Sodann gab er einen Ueberblick über die Entwicklung der Reichstarife, die trotz aller Hemmnisse immer noch günstiger sind als die so gepriesenen örtlichen Tarife. Das, was in dem oder jenem Tarif noch mangelhaft ist, z. B. im Kartonagen- oder Ctuiss-Reichstarif, ist in allererster Linie auf das laue Verhalten weiter Arbeitertreue zurückzuführen. Die Solinger Verhältnisse sind in tariflicher Hinsicht unbefriedigend. Zum Teil ist daran auch die eigenartige Industrie schuld. Die Grenzen zwischen Kartonagen, Ctuiss und Portefeuilles sind schwer festzustellen. Alles wird vielfach unter dem gleichen Dach hergestellt. Daber das Bestreben der Unternehmer, am Kollektivvertrag festzuhalten, der dem örtlichen Metalltarif angepaßt und für die Unternehmer billiger ist als der Reichstarif. Nun sind Buchbinder- und Kartonagenarife für allgemeinverbindlich erklärt. Doch solange das Organisationsverhältnis so traurig ist wie in Solingen, ist die Durchföhrung der Tarife schwierig.

Groenhoff gab dann anschließend einen Bericht über die Zahlstelle. Diese war in der Vortragszeit eine der besten Zahlstellen des Gau's und die führenden Solinger Kollegen betannt und beliebt im ganzen Gau. Der Krieg und die Inflation haben furchtbar zerstörend gewirkt. 1919 zählten wir noch 58 männliche und 159 weibliche Mitglieder. Dann aber setzte die Zersplitterung der Arbeiterkraft ein mit den ständigen wechselnden Parolen und der gegenseitigen Verbeugung und Zerfegung. 1922, als unser Verband seinen höchsten Stand mit 94587 Mitgliedern hatte, war die Zahl der Mitglieder in Solingen schon auf 27 männliche und 31 weibliche, zusammen 58 gesunken. Das war die Zeit, in der fortwährend Lohnverhandlungen mit dem Solinger Arbeitgeberverband stattfanden. Das war aber auch die Zeit, in der die

**Vor jeder Arbeitsaufnahme**

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht verdammt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Mitglieder allerhand „Sparversuche an den Verbandsbeiträgen“ vornahmen, so daß der Verbandsvorstand selbst aufmerksam wurde und Abhilfe verlangte. Das Jahr 1923 und die wilde Streikbewegung von 1924 gaben der Zahlstelle vollends den Rest. Damals traten eine Anzahl Mitglieder schnell zum christlichen Verband über, um sich vor der Aussperrung zu retten. Nach der Aussperrung waren nur sieben männliche und ein weibliches Mitglied treu geblieben. Alle Versuche, durch Verammlungen und Hausagitation zu einer besseren Gehaltung der Zahlstelle zu kommen, waren bisher erfolglos. Groenhoff gab einen chronologischen Ueberblick dieser Bemühungen. Jetzt müssen wir uns ernstlich mit dem weiteren Bestand der Zahlstelle befassen, denn so wie bisher kann es nicht mehr weitergehen. Soll diese alte Zahlstelle wieder florieren, dann muß sie aus dem Schattendasein heraus und mit Blut und Leben erfüllt werden. Das kann nicht geschehen von außen, sondern muß von den vorhandenen Mitgliedern selbst durchgeführt werden.

An diese Darlegungen schloß sich eine rege Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß nach Ansicht der Mitglieder die Zahlstelle wieder auf eigene Füße gestellt werden mußte. Es müßten wieder regelmäßige Mitgliederversammlungen stattfinden, damit wieder kollegiales Zusammenleben und -wirken erfolgen und auch die beruflichen Angelegenheiten besprochen werden können. Kollege Geyer brachte den Fall eines ausgemerzten Kollegen vor, der trotz abgeleiteter Gehaltzeit von seinem Lehrmeister jetzt als Hilfsarbeiter bezahlt und bezeichnet wurde. Die Ortsverwaltung will dem nachgehen und für Abhilfe sorgen.

Beschlossen wurde, jeden zweiten Sonntag im Monat eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Die nächste soll am 10. Dezember abends 8 1/2 Uhr, stattfinden. — Mit dem Wunsch, daß die Zahlstelle durch fleißige mündliche Agitation aller Mitglieder wieder in die Höhe kommt, wurde die Versammlung geschlossen.

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

**Abrechnungen**  
vom dritten Quartal gingen weiter bis zum 6. Dezember bei der Verbandskasse ein von:  
Göttingen 440,40 Mk., Neuwied 490 Mk., Zwickau 900 Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Stolz, Mühlhausen, Zittau, Gau Bückenberg und Baden.

**Adressenänderung.**  
B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.  
Bochum: B: W. Flore, Mühlstr. 14 II.  
K: M. Schröder, Ottostr. 132.  
Gleiwitz: B: A. Ritsche, Petersdorfer Str. 15 I bei Kubitz.  
K: E. Neumann, Barbarastr. 48.  
Der Verbandsvorstand.

**Inhaltsverzeichnis.**

Die Stunde vor dem Sturm! Wirtschaft und Sozialpolitik im Reichstag. Sparen oder verbrauchen? Der Verbrauch von Lebens- und Genussmitteln. Achtung! Lohnstatistik! Zahlstellenkonferenz im Rheinland. Internationales: Das Buchgewerbe in Rußland. Unsere Jugend: Jugendkraft (Beicht). — Lehrling und Gewerkschaft. — Wertsportvereine und Wertjugendpflege. — Herr Engel meldet sich. — Fahrt der Lehrlingsabteilung der Zahlstelle Halle nach Leipzig. — Ein Wort an die Jungen. — Fahrpreisermäßigung für Jugendblinde. — „Lachendes Volk“. — Beicht: Barmen-Eberfeld. — Barmen-Eberfeld. — Bochum. — Düsseldorf. — Gleiwitz. — Lahr. — Nürnberg-Fürth. — Solingen.  
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Abrechnungen. — Adressenänderungen.